

Ein starker Mittelstand dank der CVP

Ein starker Mittelstand dank der CVP!

Die CVP ist die Partei des Mittelstandes. Ein breiter und gesunder Mittelstand garantiert den Ausgleich und die Stabilität unserer Gesellschaft. Doch wer ist der Mittelstand?

Eine allgemein verbindliche Definition des «Mittelstands» existiert nicht. Eine gängige Umschreibung bezeichnet den Mittelstand als den Teil der Bevölkerung, der seinen Unterhalt aus eigener Kraft bestreitet, aber nicht vermögend ist. Seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ermöglicht eine unabhängige Lebensgestaltung, insbesondere hinsichtlich Bildung, Freizeit und sozialer Sicherheit. Statistisch definiert umfasst der Mittelstand die mittleren 60 Prozent der Haushalte. Für einen Einpersonenhaushalt entspricht dies in der Schweiz einem jährlichen Gesamteinkommen zwischen 49'000 und 116'000 Franken. Für einen Paarhaushalt mit zwei Kindern erhöhen sich diese Einkommensgrenzen auf 103'000 bzw. 244'000 Franken¹. Denn ob man mit seinem Einkommen zum Mittelstand gehört, hängt stark von der Familiensituation ab.

Der Schweizer Mittelstand erzielt einen Anteil von 55% am Gesamteinkommen unseres Landes. In den letzten Jahren konnten sich die einkommensstarken Haushalte zu Lasten der einkommensschwachen Haushalte und des Mittelstandes leicht verbessern und vereinen einen grösseren Lohnanteil auf sich. Auf- und Absteiger halten sich die Waage. Auf der einen Seite ist jeder zehnte Mittelstandshaushalt von einem Abstieg bedroht, auf der anderen Seite kann jeder zehnte auf einen Aufstieg hoffen. Diese Einkommensmobilität der Schweizer Haushalte ist im internationalen Vergleich relativ hoch. Unser Ziel muss sein, mit unseren Massnahmen die Einkommensmobilität zu reduzieren.

Die CVP will den Abstieg von Mittelstandshaushalten verhindern. Sie sollen nicht bei gleichbleibendem Einkommen rein aufgrund der wachsenden Belastungen durch indirekte Steuern und Abgaben, Krankenversicherungsprämien und die Wohnkosten, absteigen müssen. Gemessen am BIP sind die Belastungen durch diese Abgaben in den letzten 10 Jahren stärker gestiegen als die durchschnittlichen Lohnerhöhungen. Der Mittelstand wurde in den letzten zwei Jahrzehnten davon besonders stark belastet. Dieser Entwicklung tritt die CVP mit ihrer Mittelstandspolitik entgegen.

Was die CVP bisher für den Mittelstand erreicht hat.

Als Familien- und somit auch als Mittelstandspartei hat die CVP in den letzten Jahren massgeblich dazu beigetragen, den Mittelstand zu unterstützen und zu entlasten. Die CVP hat verschiedene Ansätze verfolgt: Einerseits forderte sie konsequent Steuerentlastungen, andererseits eine Preispolitik, die zu Preissenkung der alltäglichen Konsumgüter und zu Investitionen in verschiedenen Bereichen führte.

¹ Siehe die „Studie zur Situation des Mittelstandes in der Schweiz“ des Büro Bass (Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien) im Auftrag von Angestellte Schweiz (2010)

Erreichtes im Bereich Steuer- und Finanzpolitik:

- Die CVP hat sich erfolgreich für Sofortmassnahmen zur Milderung der Heiratsstrafe eingesetzt. Von der Einführung eines Zweitverdienerabzuges bis zu 12'500.- (50% des niedrigeren Ehepaarverdienstes) sowie eines Verheiratetenabzugs von 2'500.- profitieren alle Ehepaare, das heisst sowohl Ein- und Doppelverdienerhepaare wie auch Rentnerhepaare.
- Dank der CVP wurde ein Elterntarif (Steuerabzug von 250.- pro Kind und Jahr) in Kombination mit einem Fremdbetreuungsabzug bis zu einem Maximalbetrag von 10'000 Franken pro Jahr vom Steuerbetrag eingeführt.
- Dank einem CVP-Vorstoss sind jetzt alle mittelständischen Spareinlagen bis 100'000 Franken pro Person und Bank auch bei einem Bankzusammenbruch gesichert.

Erreichtes im Bereich Familienpolitik:

- Kinder- und Ausbildungszulagen fördern gezielt die Kaufkraft von Familien. Dank der CVP gilt schweizweit eine Mindesthöhe für Kinder- und Ausbildungszulagen: In der ganzen Schweiz betragen sie nun pro Kind 200 Franken bzw. 250 Franken für Jugendliche in Ausbildung.
- Dank der CVP werden nun alle Kinder Familienzulagen erhalten – auch wenn ihre Eltern selbständig-erwerbend sind. Der Grundsatz "ein Kind – eine Zulage" – ein langjähriges familienpolitisches Postulat der CVP – wird nun endlich Realität.
- Die CVP hat lange für die Einführung des Mutterschaftsurlaubs gekämpft. Seit 2005 erhalten erwerbstätige Mütter während 14 Wochen ein Taggeld, das 80% des Erwerbseinkommens beträgt.
- Dank Unterstützung der CVP wurde das Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung durch den Bund bis 2015 verlängert. Die Schaffung zusätzlicher Kinderkrippenplätze für die Tagesbetreuung von Kindern vereinfacht es Eltern, Erwerbsarbeit bzw. Ausbildung und Familie zu vereinbaren

Erreichtes im Bereich Gesundheitspolitik:

- Die CVP hat die Revision der Pflegefinanzierung stark mitgeprägt. Diese sichert für den Mittelstand das Pflegefallrisiko ab, d.h. für die Finanzierung der Pflege älterer Menschen muss nicht mehr wie bisher zuerst das gesamte gesparte Vermögen aufgebraucht werden.
- Dank der CVP profitieren Familien mit unteren und mittleren Einkommen von Prämienverbilligungen. Denn die CVP hat bei der letzten KVG-Revision ‚Prämienverbilligung‘ die Halbierung der Kinderprämien für diese Familien durchgesetzt.

Erreichtes im Bereich Energiepolitik:

- Die CVP unterstützt die Erhöhung der Standards im Bereich der Energieeffizienz bei Elektro- und Haushaltgeräten. Der geringere Energieverbrauch dieser Geräte wirkt sich positiv auf die Stromrechnung der privaten Haushalte aus.
- Dank der CVP wurde das Budget 2009 zu Gunsten von Gebäudesanierungen um 100 Millionen Franken erhöht sowie die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe zu Gunsten von Gebäudesanierungen mit jährlich 200 Millionen Franken ab 2010 eingeführt. Hausbesitzer erhalten dadurch mehr Geld als bisher, wenn sie ihre Häuser beispielsweise nach dem Minergie-Standard sanieren. Und danach sparen sie durch tiefere Heizkosten zusätzliches Geld.

Erreichtes im Bereich Preispolitik:

- Seit dem 1. Juli 2010 ist das Cassis-de-Dijon-Prinzip in Kraft. Damit entfallen unnötige Neuverpackungen von Importwaren für den Schweizer Markt und es wird erwartet, dass dadurch die Preise vieler Produkte in den Regalen unserer Supermärkte sinken.
- Die Zulassung von Parallelimporten patentgeschützter Güter aus dem EU-Raum entlastet das Portemonnaie unserer Familien und Unternehmen durch tiefere Preise.
- Dank einer parlamentarischen Initiative der CVP wird auch zukünftig eine herkömmliche, nichtbiometrische ID ohne elektronisch lesbaren Chip angeboten. Die teurere biometrische ID mit Chip muss somit nur beziehen, wer diese wirklich für Auslandsreisen benötigt.
- Dank einer parlamentarischen Initiative von Seiten der CVP wird die Velovignette per 2012 abgeschafft. Diese ist überflüssig geworden, da heute die meisten Menschen eine Haftpflichtversicherung haben.

Was die CVP für die Zukunft fordert.

Die CVP weiss, dass der untere und mittlere Mittelstand Einkommensanteile verloren hat und einkommensstärkere Haushalte Einkommensanteile dazu gewonnen haben. Die Einkommensunterschiede dürfen nicht einfach hingenommen werden, deshalb setzt die CVP auf den Mittelstand und will diesen stärken. Der Mittelstand ist das Rückgrad unserer Gesellschaft, unseres erfolgreichen Landes Schweiz. Die CVP fühlt sich verantwortlich dafür, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Sie setzt sich dafür ein, dass der Mittelstand entlastet, bzw. nicht weiter belastet wird.

Forderungen der CVP im Bereich Steuerpolitik:

- Die CVP fordert mit der Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ die endgültige Abschaffung der Heiratsstrafe. Eine Verbesserung der Situation konnten wir zwar mit der Milderung der Heiratsstrafe durch Sofortmassnahmen bereits erreichen, nach wie vor sind aber verheiratete Paare gegenüber unverheirateten Paaren steuerlich benachteiligt, weil das Parlament nicht bereit war, alle Benachteiligungen aufzuheben. Dank der Initiative werden in Zukunft auch Einverdienerhepaare eine Steuererleichterung erfahren und so nicht länger mehr Steuern als ein Zweiverdiener-Konkubinatspaar mit gleich hohem Gesamteinkommen zahlen.
- Kinder- und Ausbildungszulagen sollen künftig nicht mehr versteuert werden müssen. Mit der Volksinitiative «Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» will die CVP eine ungerechtfertigte Erhöhung des steuerbaren Einkommens verhindern. Damit werden die Familien steuerlich entlastet und ihre Kaufkraft gestärkt.
- Seit Jahren setzt sich die CVP für eine Ausweitung und Anpassung der steuerlichen Abzugsfähigkeit bei den Aus- und Weiterbildungskosten ein. Sie fordert, dass diese in der Höhe von bis 10'000.- von den Steuern abgezogen werden können.
- Die CVP setzt sich generell dafür ein, dass die Steuerlast für den Mittelstand nicht erhöht wird.
- Damit die Kaufkraft des Mittelstandes nicht weiter geschwächt wird, kämpft die CVP gegen den Einheitssteuersatz der Mehrwertsteuer. Denn gerade Erhöhungen der indirekten Steuern belasten den Mittelstand erheblich.

Forderung im Bereich Preispolitik:

- Die CVP fordert, dass die Preisvorteile durch den hohen Franken den Konsumenten nicht weiter vorenthalten werden. Wer die Preise unerlaubt hoch hält, ist durch die Wettbewerbskommission und den Preisüberwacher zu sanktionieren und die Gewinne abzuschöpfen.

Forderungen der CVP im Bereich Familienpolitik:

- Die CVP fordert die Einführung von Kinderbetreuungsgutscheinen für frei wählbare Infrastrukturen und ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesschulen. In den Städten Bern und Luzern haben wir dies bereits erreicht
- Für Jugendliche und Erwachsene bis 35 Jahren soll die Möglichkeit geschaffen werden, steuerbefreit für die Zeit der Familiengründung Geld zu sparen („Junge Säule“ analog zur 3. Säule).
- Wir fordern den vollständigen Erlass von Krankenkassenprämien für Kinder. Mittelstandsfamilien verdienen oft gerade zu viel, um in den Genuss von Prämienverbilligungen zu kommen. Mit der Prämienbefreiung von Kindern werden auch sie wirksam entlastet.

Forderungen der CVP im Bereich Gesundheitspolitik:

- Die Mehrheit der älteren Menschen wird zu Hause von ihren eigenen Familienangehörigen betreut und gepflegt. In Zukunft wird aufgrund der demografischen Entwicklung die Zahl pflegebedürftiger Menschen stark ansteigen. Menschen, die sich ihrer pflegebedürftigen Verwandten annehmen, ermöglichen eine Entlastung der Spitexdienste und helfen eine Heimeinweisung zu verzögern oder gar verhindern. Analog zur Kinder- und Ausbildungszulage soll diesen Menschen eine Betreuungszulage in der Höhe von 50 Franken pro Tag gewährt werden.
- Pflegende Familienmitglieder erbringen oftmals sehr grosse Opfer, welche die Grenzen ihrer Belastbarkeit nicht selten überschreiten. Damit Partner/-innen, bzw. die Angehörigen der nachkommenden Generation, welche die Pflege übernehmen, Erholungszeiten haben, fordert die CVP mehr Entlastungsmöglichkeiten wie Tagesheime (auch in bestehenden Institutionen).
- Die CVP setzt sich dafür ein, dass die integrierte Versorgung als Grundversicherungsmodell (Managed Care) zur Regel wird. Die stärkere Vernetzung von Ärzten, Spitalern und weiteren Leistungserbringern hilft, die Kosten im Gesundheitswesen zu senken, was zu tieferen Krankenkassenprämien für alle führt.

Forderungen der CVP im Bereich Energiepolitik:

- Die CVP fordert eine kontinuierliche Anpassung der Standards im Bereich der Energieeffizienz bei Elektro- und Haushaltsgeräten.
- Um die Bevölkerung mit den Konzepten Energieeffizienz und Energiesparen (und Geld) vertraut zu machen, sollen Sensibilisierungs- und Informationskampagnen durchgeführt werden. Denn wer Energie spart, spart auch bares Geld.
- Die Kosten für den Ersatz einer Öl- oder Kohleheizung durch ein umweltfreundlicheres Heizsystem sollen bei den Steuern in Abzug gebracht werden können.

Forderungen der CVP im Bereich Service Public:

- Die CVP verlangt eine Verstärkung der Konkurrenz auf dem Markt der Mobiltelefonie und des Breitbandnetzes. Die Fusion von Sunrise und Orange, die von der Konkurrenzkommission im April 2010 untersagt wurde, hätte zur Entstehung eines kompetitiveren Unternehmens führen können, um mit dem alten Monopol der Swisscom zu konkurrieren.
- Die CVP fordert mehr vertragliche Flexibilität für die Kunden im Telekommunikationsbereich. Laufende Verträge sollen nicht mehr automatisch von Jahr zu Jahr verlängert werden. Befristete Verträge sollen bei Ablauf zu unbefristeten Verträgen werden, die beispielsweise mit einer Kündigungsfrist von zwei Monaten per Ende eines Monats gekündigt werden können.
- Roaming-Kosten in der Schweiz sind bis zu 700 Prozent teuer als in der EU. Dagegen wehrt sich die CVP.
- Die CVP fordert eine geräteunabhängige Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen für alle Haushalte und alle Betriebe. Um zu verhindern, dass die Gebührenpflicht von Kleinbetrieben zu unzumutbaren Doppelbelastungen führt, sind kleine Gewerbe-, Fabrikations-, Dienstleistungs- und Landwirtschaftsbetriebe von der Gebührenpflicht zu befreien.
- Die CVP fordert die Schaffung von kombinierten Abonnements und günstigen Angeboten "ÖV – Freizeit" für Familien.

Forderungen der CVP im Bereich Bildungspolitik:

- Mittelstandsfamilien verdienen oft gerade zu viel, um in den Genuss von Stipendien für die Ausbildung ihrer Kinder zu kommen. Die CVP fordert deshalb, dass der Eigenmietwert bei der Bemessung des Elternbeitrages nicht dem Einkommen angerechnet wird.